

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 14/2018

18. SEP 2018 | MARKUS KRÜSEMANN

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 02.10.2018.

1] TOPTHEMA: LEIHARBEIT

Das scheinbar grenzenlose Wachstum der Leiharbeit ist mal wieder Thema in den Medien. Von neuen Höchstständen wird berichtet, ohne dass mal jemand fragt, wieso ein Instrument, das zur Abfederung von Auftragspitzen dienen soll, stetig wächst und so eine enorme Verbreitung finden kann. Nicht nur im Schiffbau kann keine Rede davon sein, dass Leiharbeit nur vorübergehend genutzt wird. Sie ist in vielen Bereichen längst fester Bestandteil des Geschäftsmodells. Dazu zählt auch die Pflegebranche. Kurioserweise wechseln die Beschäftigten hier freiwillig in die Überlassung. Verkehrte Welt, die zeigt, wie weit die Missstände in der Pflege bereits gediehen sind.

Unterdessen wirft die Gesetzesreform zur Leiharbeit vom April 2017 ihre Schatten voraus. Da seitdem die Überlassungshöchstdauer auf 18 Monate begrenzt ist (per Tarifvertrag können aber auch längere Zeiträume vereinbart werden), läuft diese Frist erstmals Anfang Oktober aus. Ob, wie beim Vareler Unternehmen, Leiharbeiter dann in größer Zahl übernommen werden, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass die meisten einfach abgestoßen und gegen andere Leihkräfte ersetzt werden. Doch lesen Sie selbst...

90 Leiharbeiter erhalten festen Vertrag

Der Flugzeugzulieferer Premium Aerotec (PAG) in Varel übernimmt 90 der momentan 180 Leiharbeiter in die Stammebelegschaft. (...) Hintergrund ist ein neues Arbeitsgesetz, das die bislang unbefristete Arbeitnehmerüberlassung auf 18 Monate begrenzt.

»Die Leiharbeit ist ein Flexibilitätsinstrument, um die Stammebelegschaft bei konjunkturellen Schwankungen zu schützen«, sagt Gerd Weber. Da das nun aufgrund der neuen Gesetzeslage schwieriger werde, müsse sich PAG eine neue Flexibilität schaffen, beispielsweise durch Arbeitszeitkonten.

Quelle: Nordwest Zeitung online vom 15.09.2018

Ministerium und Verdi kritisieren Leiharbeit in der Pflege

Verlässliche Arbeitszeiten und mehr Geld lassen Pfleger in die Leiharbeit wechseln. (...) Im Gegensatz zu Beschäftigten anderer Branchen wählten Pfleger die Leiharbeit bewusst, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Aus Sicht des Gewerkschaftsvertreters Frank Hutmacher fängt die Leiharbeit in der Pflege aber bereits mehr als kurzfristige Engpässe ab. »Wir besetzen mittlerweile in der Leiharbeit nicht nur freie Spitzen, sondern freie Arbeitsplätze«, sagt Hutmacher.

Quelle: SWR.de vom 13.09.2018

Mehr Leiharbeiter in Deutschland

Die Zahl der Leiharbeiter habe im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht (...). Leiharbeiter erhalten einen

deutlichen geringeren Lohn als andere Arbeitnehmer. 2017 betrug der mittlere Bruttolohn von Vollzeit-Leiharbeitern 1868 Euro monatlich, der von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 3209 Euro.

Die neuen gesetzlichen Regelungen zur gleichen Bezahlung sowie zur Überlassungshöchstdauer könnten noch nicht bewertet werden, weil etwa Letztere erst von Anfang Oktober an praktisch greife.

Quelle: NWZ online.de vom 11.09.2018

Beschäftigte zweiter Klasse

In der Metallbearbeitung, der Logistik oder bei der Post arbeitet inzwischen jeder zehnte Beschäftigte auf Leiharbeitsbasis. Diese Jobs federn nicht etwa kurze Auftragshochzeiten ab, sondern sind fest einkalkuliert - die Ausnahme als Dauerzustand.

Denn Leiharbeit ist praktisch für Unternehmen, die ihre Risiken dadurch leicht auf die Beschäftigten abwälzen können. Leiharbeiter sind Manövriermasse, einfach zu kündigen, wenn es opportun erscheint, und einfach zu führen, denn wer auf einen festen Vertrag hofft, hält die Schnauze.

Quelle: neues deutschland online vom 10.09.2018

Mehr als eine Million Leiharbeiter in Deutschland

Die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland ist seit 2007 um 43 Prozent gestiegen. (...) Ende Dezember 2017 waren demnach 1.021.589 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt. Damit wurde ein neuer Höchststand bei dieser Form der Beschäftigung erreicht.

Knapp 40 Prozent derer, die im zweiten Halbjahr 2017 ein Beschäftigungsverhältnis in der Leiharbeit beendeten, hatten 90 Tage danach noch keinen neuen Job. Rund 60 Prozent fanden in diesem Zeitraum eine neue Beschäftigung – rund 40 Prozent von ihnen jedoch ein weiteres Mal in der Leiharbeit.

Quelle: Hannoversche Allgemeine online vom 10.09.2018

IG Metall fordert mehr feste Stellen im Schiffbau

Die IG Metall Küste hat die deutschen Werften aufgefordert, für mehr feste Stellen im Schiffbau zu sorgen. »Statt Werkverträge und Leiharbeit brauchen wir mehr unbefristete Beschäftigungen mit Tarifverträgen«.

Der Anteil an Leiharbeit stieg laut der Befragung mit einer Quote von 12,1 Prozent auf einen viermal so hohen Wert wie im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft.

Quelle: Bergedorfer Zeitung online vom 07.09.2018

Wer kontrolliert die Zeitarbeits-Branche?

Die Lohngleichheit, aber auch Vorschriften wie die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) überprüft. Zeitarbeitsunternehmen sind gesetzlich verpflichtet, der BA Auskünfte zu erteilen und Unterlagen auszuhändigen.

Die Zollverwaltung kümmert sich ebenfalls um den Komplex Leiharbeit. Ihre Abteilung »Finanzkontrolle Schwarzarbeit« untersucht beispielsweise, ob (...) der Leiharbeiter-Mindestlohn (9,49 Euro West; 9,27 Euro Ost) umgangen wird.

Quelle: SWP.de vom 06.09.2018

Leiharbeitsreform geht nach hinten los

Von 1. Oktober an könnte es für viele Leiharbeiter heißen: zurück ins Karussell. Manche müssen dann unfreiwillig den Einsatzbetrieb wechseln, einigen droht sogar eine Lohnkürzung (...). Für wie viele der eine Million Leiharbeiter die Nahles-Reform negative Folgen hat, ist noch nicht absehbar.

Laut Gesetz ist eine Karussell-Lösung sogar in ein und demselben Betrieb möglich, sofern drei Monate Pause zwischen zwei Einsätzen eines Leiharbeiters liegen. Auch dann droht der Rückfall auf Einstiegsgehälter.

Quelle: SWP.de vom 06.09.2018

2] WEITERE BERICHTE

Zollbeamte decken Hunderte Verstöße auf

Bei der ersten bundesweiten Mindestlohn-Kontrolle hat der Zoll bei fast jedem zehnten überprüften Unternehmen Unregelmäßigkeiten entdeckt. (...) Bei den Kontrollen seien laut Angaben des Zolls 351 Verfahren eingeleitet worden, darunter 172 wegen Verstößen gegen das Mindestlohngesetz.

Im Rahmen der ersten bundesweiten Kontrollen waren rund 6000 Einsatzkräfte der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) im Einsatz, sie befragten dabei mehr als 32.000 Arbeitnehmer im Land zu ihren Arbeitsverhältnissen. In 3291 Fällen sind nun weitere Prüfungen erforderlich.

Quelle: Spiegel online vom 17.09.2018

Warum Teilzeitarbeit eine Falle ist

Mehr als zwei Drittel aller Mütter arbeiten in Teilzeit. Das ist eine Falle, aus der sie meistens nicht wieder herauskommen. (...) »Teilzeit ist ein gnadenloser Karrierekiller«, sagt Mona Küppers vom Deutschen Frauenrat. Noch mehr als für Väter gilt das für Mütter.

Die negativen Auswirkungen für erwerbstätige Mütter sind vielfältig und werden mit dem Begriff Mother Gap zusammengefasst: Nachteile bei Job-Einstellungen, Beförderungen und schließlich auch beim Lohn.

Quelle: ze.tt vom 17.09.2018

Mehr befristete Jobs in Berlin als in anderen Ländern

In Berlin gibt es anteilig mehr befristete Stellen als in vielen anderen Bundesländern. Laut Schätzungen sind fast 13 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse befristet - im Bundesschnitt sind es etwas mehr als 8 Prozent.

Die Daten stammen aus dem Betriebspanel 2017, einer jährlichen deutschlandweiten Arbeitgeberbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (...). Demnach wurde im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte (54 Prozent) der neuen Verträge nur befristet abgeschlossen.

Quelle: Süddeutsche.de vom 16.09.2018

Immer mehr Deutsche in Minijobs, Leiharbeit und befristeter Beschäftigung

Immer mehr Menschen in Deutschland sind in Teilzeit- und Minijobs, in der Leiharbeit oder befristet angestellt. Die Zahl der Arbeitnehmer in so genannter atypischer Beschäftigung ist seit 1997 um 2,5 Millionen auf 7,7 Millionen gestiegen.

Der Anteil atypischer Beschäftigter lag bei Frauen mit rund 33 Prozent deutlich höher als bei Männern mit 13,8 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den jüngeren Beschäftigten.

Quelle: Ostsee-Zeitung.de vom 16.09.2018

Sieling will Landesmindestlohn erhöhen

Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) will den Landesmindestlohn anheben. Im Gespräch mit dem WESER-KURIER sagte er, ihm schwebte eine Erhöhung »zunächst auf 10,80 Euro« vor.

Aktuell liegt die Lohnuntergrenze bei 8,84 Euro pro Stunde. Das ist die Höhe des bundesweit geltenden gesetzlichen Mindestlohns, an die derzeit auch die Bremer Untergrenze des Landesmindestlohns gekoppelt ist. Die Hansestadt hatte 2012 als erstes Land einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt.

Quelle: Weser Kurier online vom 15.09.2018

Nur sechs Prozent der Väter arbeiten in Teilzeit

Nach wie vor reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit, wenn Kinder in die Partnerschaft kommen. Mehr als zwei Drittel aller Mütter arbeiten in Teilzeit (...) – aber nur sechs Prozent der Väter mit minderjährigen Kindern.

Im Jahr 2017 gab es dabei weiterhin große Unterschiede zwischen West und Ost. In den ostdeutschen Bundesländern waren nur 49 Prozent der Mütter in Teilzeit beschäftigt, egal ob in einer Partnerschaft oder alleinerziehend. In den westdeutschen Ländern waren es 74 Prozent.

Quelle: Zeit online vom 14.09.2018

Was ist dran am Jobwunder in Deutschland?

Von Teilzeit bis Vollzeitjob: Die Statistiker zählen genau mit. Eine Repräsentativ-Umfrage liefert nun neue Zahlen zu »normalen« und den oftmals als »prekär« bezeichneten Stellen. (...) Die Statistiker stützen sich dabei auf den Mikrozensus, eine breit angelegte Repräsentativ-Umfrage.

Die Zahl der atypisch Beschäftigten (befristet, geringfügig beschäftigt, in Zeitarbeit und/oder in Teilzeit mit maximal 20 Wochenstunden) blieb in den letzten vier Jahren fast unverändert, sie stieg nur um insgesamt 80.000 auf 7,7 Millionen.

Quelle: Aktiv-online.de vom 14.09.2018

Umfrage: Arbeitnehmer halten untere Einkommen für ungerecht

Die meisten Arbeitnehmer empfinden niedrige Löhne in Deutschland als ungerecht. Wenn etwa Friseure oder Paketboten in Vollzeit nur 1200 Euro brutto im Monat verdienen, ist das für 96 Prozent nicht fair, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelte.

Die Forscher empfehlen, trotz Mindestlohns noch mehr gegen niedrige Einkommen zu unternehmen. (...) Der Mindestlohn sei ein erster Schritt zu mehr gefühlter Gerechtigkeit, sagte SOEP-Direktor Stefan Liebig.

Quelle: Wiesbadener Tagblatt vom 13.09.2018

Millionen künftige Rentner müssen sich massiv einschränken

Der Hälfte der 55- bis 64-jährigen Arbeitnehmer wird im Ruhestand Geld zur Wahrung ihres gewohnten Lebensstandards fehlen. (...) Für viele Geringverdiener oder prekär Beschäftigte ist laut DIW auch ein Problem, dass sie im Ruhestand keine Betriebsrente bekommen werden. Unter denen, die nur eine gesetzliche Rente bekommen, können sogar fast zwei Drittel ihren Lebensstandard nicht weiter bezahlen.

Die Forscher raten dazu, Geringverdienern höhere Altersbezüge zu geben. Gutverdiener sollen auf ihr ganzes Gehalt Beiträge zahlen statt wie bisher nur bis zu einer Grenze von knapp 7000 Euro.

Quelle: Spiegel online vom 12.09.2018

Auch für Saisonarbeiter gilt der Mindestlohn

Doch die Saisonarbeitskräfte sollten wissen: Auch für sie gilt der Mindestlohn. Dabei macht es keinen Unterschied, ob sie deutsche oder ausländische Arbeitnehmer sind. Trinkgelder dürfen nicht verrechnet werden.

Viele Saisonarbeiter arbeiten im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung. Wählen Beschäftigte diese Form der Anstellung, müssen sie keine Lohnsteuer zahlen, dürfen dann aber, durch die Höhe des Mindestlohns begrenzt, nur eine gewisse Stundenzahl arbeiten.

Quelle: Allgemeine Zeitung online vom 12.09.2018

Die größte Kontrolle gegen Mindestlohn-Verstöße läuft

Bundesweit sind 6000 Mitarbeiter einer Sondereinheit des Zolls im Einsatz, um Verstöße gegen den Mindestlohn und illegale Beschäftigung aufzudecken.

Dass das Ausschwärmen von 6000 Zollfahndern bis Mittwoch ähnlich wie ein »Blitzermarathon« vorab angekündigt wurde, hat einen simplen Grund: Man will zwar aufscheuchen und schwarze Schafe entdecken. Vor allem aber will man der Öffentlichkeit zeigen: Hier gibt es ein Problem. Deswegen soll viel mehr Geld investiert werden, um es in den Griff zu bekommen.

Quelle: Handelsblatt online vom 11.09.2018

Land führt höheren Mindestlohn für öffentliche Aufträge ein

An diesem Dienstag will nun das Kabinett den Entwurf des neuen Vergabegesetzes beschließen. Es legt die Bedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge fest. Das Gesetz sieht ein eigenes Mindestentgelt vor, das mit 9,54 Euro pro Stunde um 70 Cent über dem aktuellen gesetzlichen Mindestlohn liegt.

Das vergabespezifische Mindestentgelt gilt nur für Aufträge, die das Land selbst vergibt. Landesgesellschaften und Kommunen sind außen vor. Darüber hinaus müssen bloß die Arbeitnehmer des Unternehmens diesen Lohn bekommen, die direkt den öffentlichen Auftrag ausführen.

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 10.09.2018

Front gegen Dumping-Löhne auf den schwimmenden Hotels

Bei drei Kontrollen im Mai 2018 an Bord von Kreuzfahrtschiffen berichteten Mitarbeiter den Beamten, sie würden im Monat 800 Euro verdienen. In Deutschland gilt der Mindestlohn – doch für 280 Arbeitsstunden im Monat beläuft sich der Lohn auf dem Kreuzfahrtschiff auf 2,86 Euro brutto.

»Die Erkenntnisse des LKA (...) sind schrecklich und alarmierend«, sagte dann auch Passaus zweiter Bürgermeister Urban Mangold (...). Der ÖDP-Politiker forderte sogar ein Anlandeverbote für Schiffe, auf denen kein Mindestlohn bezahlt wird und die Arbeitsbedingungen nicht dem deutschen Standard entsprechen.

Quelle: Wochenblatt.de vom 09.09.2018

Berliner SPD will Gehälter im öffentlichen Dienst stark anheben

Zahlreiche Funktionäre in der Berliner SPD wollen die Gehälter der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der Hauptstadt kräftig erhöhen. (...) Diese hatten in den Jahren 2004 bis 2010 im sogenannten Solidarpakt auf bis zu ein Zehntel ihres Gehalts verzichtet, um Berlins enormen Schuldenberg (...) in den Griff zu bekommen.

So sollen tariflose Jobs beseitigt, befristete Arbeitsverhältnisse nur noch in Ausnahmefällen zugelassen und der Mindestlohn bis 2021 auf 12,63 Euro steigen, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen. Dieser Mindestlohn soll in Berlin von Gesetzes wegen eingeführt werden.

Quelle: rbb24.de vom 08.09.2018

Gewerkschaft warnt vor Altersarmut

Am Donnerstag wies die Gewerkschaft in einer Mitteilung darauf hin, dass 24 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in der Hauptstadt weniger als 2200 Euro brutto im Monat verdienen. Das betrifft rund 215 600 Menschen.

Die geringen Löhne stellen laut IG BAU besonders im Alter ein Armutsrisiko dar. Denn viel Rente bleibt bei dem Verdienst nicht übrig. »Wer heute in Vollzeit weniger als 2200 Euro verdient, der ist mit hoher Wahrscheinlichkeit im Alter auf staatliche Stütze angewiesen«, sagt Stephan.

Quelle: neues deutschland online vom 07.09.2018

So viele Menschen wie noch nie sind befristet beschäftigt

Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse hat im vergangenen Jahr mit knapp 3,2 Millionen in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. (...) Im Vorjahr waren es noch 2,9 Millionen, zehn Jahre zuvor 2,1 Millionen.

Auch der Anteil befristeter Jobs an allen Beschäftigungsverhältnissen lag 2017 mit 8,3 Prozent auf einem Höchststand.

Quelle: Handelsblatt online vom 05.09.2018

Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen steigt auf 9,80 Euro

Der Mindestlohn, den Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ihren Beschäftigten bei öffentlichen Aufträgen zahlen müssen, steigt am 1. Oktober von 9,54 Euro auf 9,80 Euro. Dies hat das Kabinett am Dienstag in Schwerin beschlossen

Der Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen ist im Landesvergabegesetz geregelt und seit Juli in Kraft. Er soll jedes Jahr im Herbst erhöht werden. (...) Allerdings dürften nur wenige Menschen von dem Vergabemindestlohn profitieren.

Quelle: neues deutschland online vom 05.09.2018

Zahl der Privatversicherten mit verringerten Leistungen steigt

Immer mehr privat Krankenversicherte sind in Sondertarifen mit zum Teil deutlich verringerten Leistungen versichert. (...) Die auf Geringverdiener ausgerichteten Standard- und Basistarife garantieren ein Leistungsniveau vergleichbar mit dem der gesetzlichen Krankenversicherung.

2009 gab es nach Ministeriumsangaben 38.400 Versicherte im Standardtarif, 2017 dagegen 50.200. Im PKV-Basistarif waren im vergangenen Jahr 31.400 Menschen – 17.900 mehr als 2009.

Quelle: Hannoversche Allgemeine online vom 05.09.2018

Digitalisierung darf nicht zu Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse führen

Beim Crowdfunding lagern Unternehmen Arbeitsaufgaben vor allem via Internet an Menschen außerhalb aus. Diese Art von Wertschöpfung dürfe nicht aus dem Land verbannt werden, so Merkel. Prekäre Arbeitsverhältnisse und die Abschaffung sämtlicher Regeln dürften damit aber nicht einhergehen.

Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sagte: »Wir müssen die Mystifizierung der Technik als Vorwand, soziale Rechte abzubauen, überwinden.« Es könne nicht sein, die Sicherheit von Jobs infrage zu stellen.

Quelle: Heise.de vom 04.09.2018

Teilzeitquote geht zurück

Die Teilzeitquote auf dem deutschen Arbeitsmarkt geht seit Jahren erstmals zurück. Zwar nehmen Teilzeitjobs immer noch deutlich zu, ihre Wachstumsrate ist im zweiten Quartal 2018 aber von der der Vollzeitjobs überholt worden.

Maßgeblich für den Rückgang der Teilzeitquote sei vor allem die Entwicklung in Wirtschaftszweigen wie Verkehr und Lagerei oder Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, wozu unter anderem Zeitarbeit und Wachdienste gehören.

Quelle: Ihre-Vorsorge.de vom 04.09.2018

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-142018--2247.html>

PDF erstellt am: 22.10.2020